

# Der Klima-GAU – eine (un-)aufhaltsame Katastrophe?

Michael Müller (parlam. Staatssekretär)



Angesichts des großen Faktenwissens, das wir heute über den Klimawandel gesammelt haben, konzentriert sich die ethische Verantwortung auf eine einzige Frage: Handeln wir wirksam, bevor der absehbare Klima-Gau eingetreten ist?

Zurückzuführen auf den Klimawandel

- sind laut Schätzung der WHO v. a. Malaria, Dengue-Fieber und schwere Durchfallerkrankungen;
- die in Afrika angesiedelten Krankheiten wie Malaria, das Riftal-Fieber und Cholera werden sich zunehmend ausbreiten;
- das Einzugsgebiet für Meningitis (Hirnhautentzündung) hat sich bereits von ursprünglich West- und Zentralafrika auf östliche Regionen des Kontinents ausgedehnt.

Der Weltklimarat, der größte Wissenschaftskonvent der Welt, hat uns auf der Basis klimageschichtlicher Erkenntnisse eine düstere Zukunft aufgezeigt, wenn wir heute nicht gegensteuern. Tatsächlich führt die Menschheit einen Atmosphärenkrieg. Einen alltäglichen Krieg gegen die Natur, die Dritte Welt und die Zukunft.

Die globale Erwärmung kommt nicht mit einer absoluten Sicherheit, wohl aber mit einer immer höher werdenden Wahrscheinlichkeit. Sie kommt sogar schneller, härter und einschneidender als noch vor wenigen Jahren erwartet wurde.

Nie zuvor waren wir so gefordert,

Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass wir auf einer endlichen und ungleichen Welt leben. Freiheit und Verantwortung heißt, darauf Rücksicht zu nehmen und zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen.

Deshalb schlägt der WBGU neun Initiativen vor, dazu gehören u. a.: die Weiterentwicklung der internationalen Klimapolitik mit der 2-Grad-Leitplanke; die Umsetzung einer Vorreiterrolle der EU-Staaten in der Energiepolitik und die partnerschaftliche Entwicklung von Vermeidungsstrategien, insb. durch Technologiepartnerschaften mit den Entwicklungsländern.

Der Kernpunkt heißt: Die intelligente Nutzung von Energie und Ressourcen wird zur Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Wer dann beim Aufbau einer ökologischen Infrastruktur führend ist, wird den nächsten Wirtschaftszyklus entscheidend prägen. Er wird Innovationskraft gewinnen und auf den Weltmärkten große Stärke erzielen.

Das ist allerdings nicht mit wenigen Teilkorrekturen zu erreichen. Vielmehr geht es um vier große Reformbereiche, die für eine friedliche und gute Zukunft entscheidend sein werden:

Erstens: die Neudefinition des technischen Fortschritts, die Innovationen auf die Naturverträglichkeit und die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen legt.

Zweitens: eine Wirtschafts- und Unternehmensverfassung, die eine sozialökologische Marktwirtschaft zulässt und nicht länger von der totalen Dominanz der Ökonomie ausgeht.

Drittens: eine gerechte Verteilung der Lasten und Kosten des ökologischen Umbaus – innerhalb der Gesellschaft, international und zwischen den Generationen.

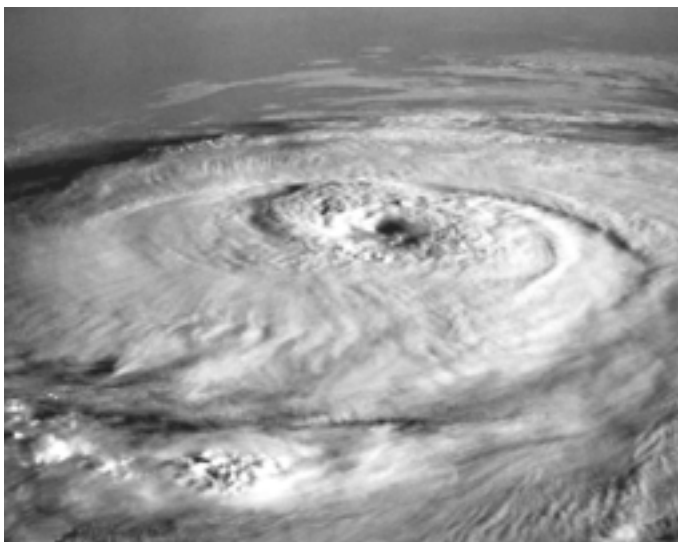
Und viertens ein kulturelles Verständnis von Freiheit und Verantwortungen, das den Begrenzungen der Erde und der Endlichkeit des Naturkapitals gerecht wird. Kurz: Die Politik ist gefordert, ein neues Denken und Handeln zu verwirklichen.

*Michael Müller (\*1948) MdB, ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Stark gekürzte Fassung eines Beitrags aus: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 9/2007, S. 27-31.*

(redaktionell gekürzt)

## Klimaflüchtlinge

In diesem Zusammenhang sind Menschen gemeint, deren Lebensqualität auf Grund von Umweltfaktoren wie Dürren, Bodenerosion und extremen Wetterereignissen stark beeinträchtigt oder deren Existenz gefährdet ist und die dadurch gezwungen sind, ihr Heimatdorf oder ihr Land verlassen zu müssen.



Ein Hurrican entsteht – ist sein vermehrtes Auftreten eine Folge des Klimawandels?



Die Nutzung erneuerbarer Energien – hier eine Photovoltaik-anlage – ist eine wirksame Maßnahme für den Klimaschutz.

on mit den betroffenen Entwicklungsländern existierende Armutsbekämpfungsprogramme mit geeigneten Anpassungsstrategien an einen nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel verbunden werden. Flankierend müssen Maßnahmen zur Konfliktprävention insbesondere in den Regionen weiterentwickelt werden, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden. Zusätzlich muss die Entwicklungspolitik dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen der großen und schnell wachsenden Ankerländer zu begrenzen.

Das Bewusstsein dafür, dass der Klimawandel zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zählt, ist in den vergangenen Monaten weltweit angestiegen. Um aber die Staatengemeinschaft hinter gemeinsamen klimapolitischen Zielen zusammenzuführen und die Kli-

makrise abwenden zu können, sind drei Teilstrategien zu verknüpfen: eine wirksame, durch glaubwürdige und entschlossen handelnde Akteure vorangetriebene globale Klimapolitik, die armutorientierte Anpassungsmaßnahmen einschließt; eine Beschleunigung von Innovationsprozessen in der globalen Energieversorgung sowie in anderen Bereichen der Ressourceneffizienz; eine Ausweitung und Vertiefung multilateraler Kooperationsprozesse, die insbesondere auch China, Indien und die USA einbinden, ohne die eine nachhaltig wirksame Klimapolitik nicht gelingen kann.

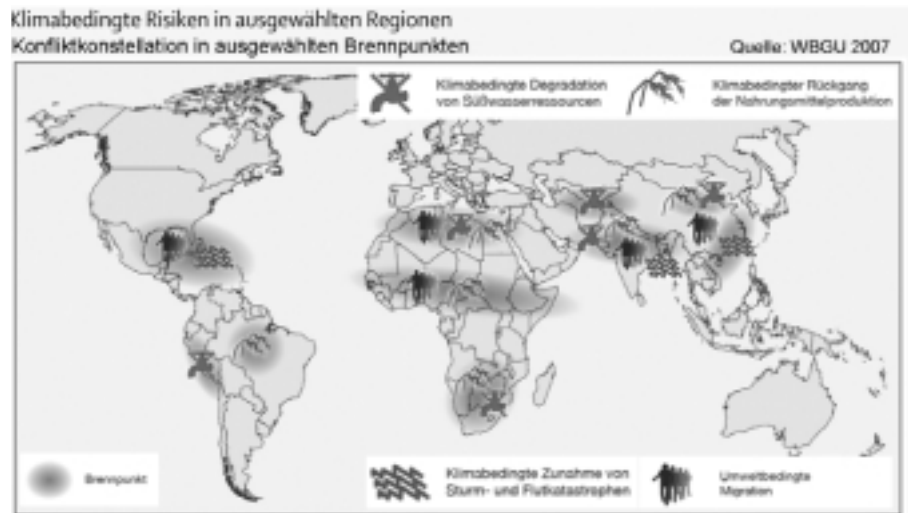
*Dirk Messner (Direktor des DIE – Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) und Steffen Bauer (Wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIE)*

(redaktionell gekürzt)

## Herausforderungen für Deutschland und die EU

Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und in einem wirksamen Post-Kyoto-Regime die Weichen für die Vermeidung einer gefährlichen, nicht mehr beherrschbaren globalen Erwärmung stellt. Scheitert die Klimawende, wird sich die globale Erwärmung fortsetzen und zunehmend Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik hervorrufen, weil sie vielfältige Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern auslöst: um Wasser, um Land, um die Bewältigung von Migrationsströmen und um weitere „Kollateralschäden“ des Klimawandels. Die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels unter enormem Zeitdruck ist deshalb die erste Herausforderung, der sich die Politik stellen muss.

Für die Entwicklungspolitik ergibt sich darüber hinaus eine zweite Herausforderung. So müssen in enger Kooperati-



*Klimabedingte Risiken in ausgewählten Regionen – Konfliktkonstellation in ausgewählten Brennpunkten*

## Zwei Welten, ein Klima – zum Podiumsgespräch mit parlam. Staatssekretär Michael Müller

Hamm, 19. Dezember 2007 – Lars Bütke

Mit einem Staatssekretär zu diskutieren, kann zuweilen etwas ermüdend wirken. Immer darauf bedacht, das Regierungshandeln positiv darzustellen und sich nicht zu weit aus der Deckung zu wagen, sagt ein Staatssekretär lieber „wir“ als



„ich“ und bleibt lieber auf dem Boden der Beschlüsse, als eigene Vorstellungen und über die Legislaturperiode hinausweisende Visionen darzulegen.

Michael Müller ist anders. Er ist ein politisches Schwergewicht

sui generis und wagt stets einen kritischen Blick: Als Regierungsmitglied auf Unzulänglichkeiten der Regierungspolitik, als Sozialdemokrat auf die vertanen Chancen der Sozialdemokratie, als Demokrat auf die Herausforderungen, die der Klimawandel für die freiheitlich-demokratische Grundordnung bereithält.

Als routinierter Redner legte Müller sehr überzeugend dar, wie gefestigt inzwischen die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel sind, wie sie sich in den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) widerspiegeln. Die angemessene Antwort könne nur in einem „neuen Weltwirtschafts-

system“ liegen, das Produktivitätsgewinne statt durch den effizienteren Einsatz der menschlichen Arbeitskraft durch den effizienteren Einsatz der Energie erziele. Durch Einsparungen, Erneuerbare Energien und vor allem Effizienzsteigerungen ließe sich in einem ersten Schritt in Deutschland das Ziel einer vierzigprozentigen Reduktion der Kohlendioxidemissionen bis 2020 (bezogen auf 1990) erreichen.

### „Aufhaltsame Katastrophe“

Michael Müller vermag zu überzeugen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung erntete er kaum Widerspruch. Dabei

sind seine Thesen keineswegs unangreifbar: Als „aufhaltsame Katastrophe“ bezeichnet Müller in Anspielung an Brechts „Arturo Ui“ den Klimawandel. Stellt er damit nicht genau jene Analogie zwischen Erderwärmung und Aufstieg des Nationalsozialismus her, die er bei Al Gore kritisiert? Sieht er die Verantwortung für den Klimawandel ebenso einseitig bei der Industrie, wie Brecht die Verantwortung für Hitlers Aufstieg beim Großkapital sah?

Gravierender ist ein anderer Einwand: Müller reklamiert für Deutschland eine Führungsrolle bei der Energieeffizienz und der Nutzung regenerativer Energien, den Schlüsseltechnologien der nächsten „Langen Wellen“ (Kondratieff-Welle) der Konjunkturentwicklung. Diese Führungsrolle soll die wirtschaftliche Prosperität in Deutschland nachhaltig sichern. Selbst ohne die Prämissen zu hinterfragen, ist fraglich, ob dieses Konzept aufgehen kann.

## Und dann kamen die Lokalpolitiker

Hier prallten keine zwei Welten aufeinander. Die beiden Welten, die der Kommunalpolitik und die der globalen Zukunftsvisionen, flogen in den Weiten des Alls aneinander vorbei! Es wäre verfehlt, die Verantwortung für dieses Auseinanderfallen der Diskussion nur auf einer Seite suchen zu wollen. Selbstverständlich tun sich mehr oder weniger ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker, die sich mit allen Politikfeldern befassen müssen, schwer, mit einem ausgewiesenen Fachpo-

litiker auf Augenhöhe zu diskutieren. Aber ihre Aufgabe wäre es gewesen, Möglichkeiten und vor allem Grenzen der kommunalen Klimapolitik aufzuzeigen und dem Regierungsvertreter kritische Fragen nach den Rahmenseetzungen durch die Bundesebene zu stellen. Sind die Kommunen nicht trotz leichter Verbesserungen nach wie vor finanziell in einer derart prekären Lage, dass sie es sich nicht leisten können, durch zusätzliche Klimaschutzauflagen einen Investor, der Arbeitsplätze, Gewerbesteuerereinnahmen und Kaufkraftzuwachs verspricht, abzuschrecken?

Dass sie nur sehr begrenzt Investitionen tätigen können, die sich erst über Jahre in Form von niedrigeren Energiekosten bezahlt machen? Dass es ihnen schwerfällt, im städtischen Beschaffungswesen Mehrkosten durch die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards zu tragen? Und wie sieht es mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen aus? Ist nicht jeder Versuch, regionales Wirtschaften zu fördern, durch das Vergaberecht, das ab einem bestimmten Auftragsvolumen europaweite Ausschreibungen verlangt, zum Scheitern verurteilt?

## Die kommunalpolitische Diskussion

Stattdessen blieben die Diskutanten über weite Strecken den eingeübten Rollen von Regierung und Opposition haften: Der Vertreter der Mehrheitsfraktion zählt auf, was die Stadtregierung geleistet hat, der Grundtenor der Gegenseite

lautet: Es könnte viel mehr geschehen und die Regierung hat versagt.

Aber auch der Staatssekretär hat sich kaum auf die kommunalpolitische Diskussion eingelassen. So löblich es ist, dass sich Michael Müller nicht als Handlungsreisender in Sachen Regierungspolitik versteht, dem es in erster Linie darum geht, die Aktivitäten des Ministeriums gut zu verkaufen, ist es doch bedauerlich, dass ihm das Kreislaufwirtschaftsgesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz nur einen Halbsatz wert gewesen sind. Und auch die verschiedenen Förderprogramme des Bundes, die entweder direkt von den Kommunen in Anspruch genommen werden können oder die sich an Privatleute oder Unternehmen richten, aber von den Kommunen beworben werden sollten und ggf. durch kommunale Programme flankiert werden können, sind nicht thematisiert worden.

Auch auf die Frage, welche Stadt als Vorbild in Sachen Klimaschutz gelten könne, ist Müller die Antwort schuldig geblieben. Die Antwort müsste aus meiner Sicht lauten: Keine – bei allem Respekt vor Münster als Sieger im Kommunalwettbewerb zum Klimaschutz.

Hamm hätte also noch alle Chancen, diese Klimaschutz-Vorzeigestadt zu werden. Immerhin zeichnete sich unter den Kommunalpolitikern dahingehend ein Konsens ab, dass eine gründliche Bestandsaufnahme in Sachen Klimaschutz aussteht. Nur wenn der Ist-Zustand bekannt ist, kann sinnvollerweise ein Soll-Zustand beschrieben und der Weg dorthin definiert werden.



Die Teilnehmer der FUGe-Podiumsdiskussion (von links): Reinhard Merschhaus (Bündnis 90 – Die Grünen), Marc Herter (SPD), Dr. Karl A. Faulenbach (FUGe), Parlamentarischer Staatssekretär Michael Müller, Jörg Holsträter (CDU), Norwin Wegner (FDP).

# Aus alt mach neu!

## Zum Streitgespräch zwischen Bärbel Höhn und Marc Herter über den Kraftwerksneubau in Hamm-Uentrop

23. Januar 2008 – Lars Bütthe

Es war ein spannender, interessanter und langer Abend voller Fakten, Kontroversen und Übereinstimmungen. Was bleibt? Gibt es ein Fazit der Diskussion zwischen Marc Herter (Aufsichtsratsvor-

sitzender der Stadtwerke Hamm) und Bärbel Höhn (frühere Umweltministerin in NRW und jetzt stellvertr. Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag)?



Die Teilnehmer des „FUGe-Streitgesprächs“ (von links): Marc Herter, Bärbel Höhn.

Marc Herter legte überzeugend dar, warum sowohl die Stadtwerke als auch der Rat der Stadt Hamm den Bau des Kohlenkraftwerks unterstützen. Bärbel Höhn legte nicht weniger überzeugend dar, warum sie und ihre Partei den Neubau von Kohlekraftwerken ablehnen.

Bärbel Höhn warnte mit Verweis auf die vor allem in den 80er und 90er Jahren geplanten und gebauten Müllverbrennungsanlagen davor, auch in der Stromversorgung Überkapazitäten aufzubauen. Zumal der massive Zubau von fossilen Kraftwerken auf Jahrzehnte den Ausbau der Regenerativen bremse. Marc Herter hielt dem entgegen, dass im Zuge des Atomausstiegs Bedarf an Ersatzkapazitäten bestehe. Für die Erneuerbaren sei also auch nach dem Bau neuer Kohlekraftwerke genug Platz im Markt. Auf absehbare Zeit sei die konventionelle Stromerzeugung preiswerter als die Nutzung erneuerbarer Energien, so dass ein Mix sozialverträgliche Preise garantiere. Zudem seien Wind- und Sonnenenergie nicht grundlastfähig. Nur die Biomassennutzung, die noch wenig genutzte Geothermie und mit Einschränkungen die Wasserkraft können auf regenerativer Basis Grundlaststrom bereitstellen. Höhn hingegen hält bis 2050 bei entsprechender Energieeinspa-

rung und höheren Energieeffizienz eine Versorgung durch regenerative Energie für machbar. Auch sei regenerative Energie durch ihren Mix und große Einzugsgebiete auf europäischer Ebene durchaus

grundlastfähig („irgendwo weht immer Wind“). Gegen die „Besatzungszonen“ durch die großen Energiekonzerne sei eine konsequente Klimapolitik allerdings schwer durchsetzbar. Ein anderer großer Diskussionspunkt war die Kraft-Wärme-Kopplung. Bei der Stromproduktion fällt bekanntlich quasi als Abfallprodukt Wärme ab, die bei Großkraftwerken zumeist ungenutzt an die Umwelt abgegeben wird. Technisch ist auch bei den großen Kondensationskraftwerken eine Fernwärmeauskopplung möglich, die den Gesamtwirkungsgrad erheblich verbessert. Allerdings scheitert dies bei den meisten Großkraftwerken –

so auch in Uentrop – daran, dass vor Ort für die Wärme kein Bedarf besteht und ein Transport über weite Strecken weder wirtschaftlich noch energetisch sinnvoll ist. Dezentrale Systeme können hier Abhilfe schaffen: Die Stadtwerke Hamm betreiben bereits zwei Gas-Blockheizkraftwerke, um das Fernwärmenetz zu bedienen. Inzwischen sind auch wesentlich kleinere sogenannte Mini-BHKW verfügbar, die so ausgelegt sind, dass sie den Wärmebedarf von einem Mehrfamilienhaus decken, und – quasi in Umkehrung des Prinzips der Großkraftwerke – den Strom als „Abfallprodukt“ ins öffentliche Netz einspeisen.

Hiermit ist nur ein kleiner Teil des Diskussionsverlaufs nachgezeichnet worden. Aber wer hatte die besseren Argumente? Wer hat letztlich Recht? Zuweilen dient es der Klarheit, eine differenzierte Diskussion versuchsweise radikal zu vereinfachen.

Die von Bärbel Höhn vertretene Position orientiert sich konsequent an den Belangen des Klimaschutzes. Der Verzicht auf neue Kohle-Großkraftwerke ist ein wesentlicher Baustein einer Energiewende hin zur dezentralen Versorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien bei einem deutlich gesenkten Gesamtenergieverbrauch.

Kann es angesichts der gesicherten Erkenntnisse zum Klimawandel da noch Widerspruch geben?

Die Gegenposition, wie sie wohl gemerkt Marc Herter allenfalls ansatzweise vertreten hat, könnte lauten: Hamm braucht die Arbeitsplätze. Hamm braucht

### Angekündigte Investitionen im KohleKWBsbereich (>100 MWel)

Standort	Investor	Vorgesehene Inbetriebnahme	Leistung MWel
Duisburg /Walsum	STEAG	2010	750
Neurath (BoA)	RWE	2010	2.100
Niedersachsen	Electrabel	2010/2011	800
Boxberg	Vattenfall	2011	675
Bremen-Mittelbüren	swb	2011	800
Datteln	E.ON	2011	1.100
Herne	STEAG	2011	750
Karlsruhe/Rheinhafen	EnBW (RDK)	2011	800
Ruhrgebiet	EWMR	2011	1.100
Hamm	RWE (u.a.)	2011/2012	1.410
Hamburg/Moorburg	Vattenfall	2012	1.640
Lünen Steinkohle	Trianel	2012	750

in: BMU-Statusbericht 03/06